

Gedanken zur Eingemeindung

Die Bürgerabstimmung in Nordrhein-Westfalen war bedauerlicherweise ein Mißerfolg. Damit ist die Eingemeindung nach Münster unabwendbar. Im Frühjahr 1975 wird ein neuer Stadtrat gewählt. Die weitere Entwicklung Hiltrups wird dann im Rathaus in Münster entschieden. Das war seit einigen Jahren vorauszusehen. Gemeinsam haben sich daher Gemeinderat, Gemeindeverwaltung und alle Parteien bemüht, die Entwicklungsrichtung der Gemeinde Hiltrup über den Termin der Eingemeindung hinaus vorzugeben.

Es wurden Flächennutzungspläne so verändert, daß der Wohnwert der Gemeinde Hiltrup voraussichtlich auch nach der Eingemeindung erhalten bleibt, und die Hiltruper Bürger nochmals preiswert Bauland kaufen können. Kommunale Kindergärten wurden errichtet und der Ausbau des Schul- und Freizeitzentrums intensiviert. Die Einrichtung von Bezirksausschüssen wurde mit Vertretern der Stadt sowie parteiintern beraten. Ob das erfolgreich war, wird sich zeigen.

In einem mit der Stadt Münster geschlossenen Gebietsänderungsvertrag verpflichtet sich die Stadt Münster für eine Übergangszeit von 3 Jahren keine grundlegenden Veränderungen vorzunehmen und die durch den jetzigen Rat bereits eingeleiteten Maßnahmen fortzuführen. Die Eingemeindung soll möglichst nahtlos und für den Bürger ohne Härte vorsichgehen. Wird das auch für Hiltrup möglich sein?

Wir sind sicher gut beraten, wenn wir den Stellenwert des Gebietsänderungsvertrages nicht zu hoch ansetzen, weil die Gemeinde Hiltrup in diesem Vertrag einen Rahmenparagrafen anerkennen mußte:

"Die Erklärung der Stadt Münster, die in den nachstehenden Paragraphen genannten Maßnahmen fortzuführen oder in Angriff zu nehmen, steht unter dem Vorbehalt, daß die jeweilige Maßnahme dem Bedarf entspricht, unter Berücksichtigung der Interessen der Gesamtheit der Stadt sowie der Gleichbehandlung aller Einwohner ansteht und sich in die Finanzplanung der vergrößerten Stadt Münster sinnvoll einfügt."

Dieser Paragraph stimmt nachdenklich. Der Stadtrat wird unter Berücksichtigung dieser Rahmenbestimmung nach der Eingemeindung neue Rangfolgen in bezug auf die weitere Ausstattung der vergrößerten Stadt Münster treffen müssen. Die Hiltruper SPD hat aus dieser Tatsache die Konsequenzen gezogen. Sie arbeitet bereits seit längerer Zeit in den gemeinsamen Ausschüssen mit dem SPD - Stadtverband Münster zusammen, um die Hiltruper Belange bei Schaffung der Wahlkampfplattform des neuen SPD - Stadtverbandes Münster berücksichtigt zu wissen. Wir werden uns dafür einsetzen, daß die notwendigen Einrichtungen der Daseinsvorsorge auch unter veränderten Vorzeichen in Hiltrup weiter entwickelt werden. Allerdings wissen wir auch, daß wir Hiltruper zurückstecken müssen. Daran werden auch die neu einzurichtenden Bezirksausschüsse nichts ändern können. - Leider.

/jr

Das sollten Sie auch wissen!

Internationaler Vergleich der Verbraucherpreisentwicklung

Sind Sie ein Strauß? Dann stecken Sie den Kopf in den Sand, dann brauchen Sie nicht weiter zu lesen:

Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent

Stand: Februar 1974

	1969	1970	1971	1972	1973
1. Japan	+ 5,3	+ 7,6	+ 6,1	+ 4,5	+ 11,4
2. Italien	+ 2,7	+ 4,9	+ 4,8	+ 5,7	+ 10,8
3. Dänemark	+ 3,5	+ 6,5	+ 5,8	+ 6,6	+ 9,4
4. Großbritannien	+ 5,4	+ 6,4	+ 9,4	+ 7,1	+ 9,2
5. Schweiz	+ 2,5	+ 3,6	+ 6,6	+ 6,7	+ 8,7
6. Niederlande		+ 3,7	+ 7,6	+ 8,0	+ 8,0
7. Österreich	+ 3,1	+ 4,4	+ 4,7	+ 6,3	+ 7,6
8. Frankreich	+ 6,4	+ 5,2	+ 5,5	+ 6,2	+ 7,4
9. Belgien	+ 3,8	+ 3,9	+ 4,3	+ 5,5	+ 7,0
10. Bundesrepublik	+ 1,9	+ 3,4	+ 5,3	+ 5,5	+ 6,9
11. Schweden	+ 2,7	+ 7,0	+ 7,4	+ 6,0	+ 6,8
12. Luxemburg	+ 2,3	+ 4,6	+ 4,7	+ 5,2	+ 6,1

Quellen: Stat. Bundesamt, Deutsche Bundesbank

Panik entsteht nicht von allein. In diesem Falle ist der Grund sicher nicht der Verbraucher. Panik wird von Panikmachern gemacht, ein rein psychologisches Problem.

..... Übrigens, wer redet eigentlich immer von Krise?

/khn

Preiswerter Einkaufen?!

Hiltruper Verbraucherpolitik 1974

Der Versuch bestimmter Gruppen im Gemeinderat, die Errichtung eines Aldimarktes in der Bahnhofstraße zunächst einmal zu verhindern, zeigt deutlich, für wen Politik gemacht werden soll. Ganz sicher kann nicht der Verbraucher von einer solchen Entscheidung profitieren. Wird hier nicht sehr eindeutig der Versuch gemacht, lästige Konkurrenz für einen Teil der Hiltruper Geschäftswelt auszuschalten? Wir Hiltruper Sozialdemokraten vertreten nicht die Interessen eines Unternehmens, sind aber der Meinung, daß es richtig ist, das Angebot in Hiltrup erheblich zu erweitern. Daß dies durch die Aldi-Ladenkette geschehen soll, ist reiner Zufall.

Arbeitskreis "Frau und Gesellschaft" im SPD-Ortsverein Hiltrup hat in einer Voruntersuchung festgestellt, daß es in Hiltrup allein an der Bahnhofstraße Preisunterschiede bis zu 20 % gibt. Möglicherweise werden diese Preisunterschiede bei Erweiterung des Angebotes durch ein weiteres Geschäft noch größer. Ausgerechnet die Vertreter der Gruppen, die ständig die Marktwirtschaft in der Bundesrepublik in Gefahr sehen, versuchen nun marktwirtschaftliche Prinzipien in Hiltrup nicht zur Geltung kommen zu lassen, indem sie günstige Einkaufsquellen im Entstehen bereits verstopfen oder zumindest schwer zugänglich machen wollen.

Geradezu grotesk nimmt sich zu diesem Thema das am Samstag (6.4.) von der CDU in Hiltrup verteilte Flugblatt aus, mit dem den Bürgern eingeredet werden sollte, die SPD mache die Preise.

Die Frauen in der SPD Hiltrup werden die Preissituation am Ort in der Zukunft sehr genau beobachten und untersuchen. Ihnen kommt es dabei nicht darauf an, Kaufleute zu diskriminieren; sie haben das Ziel, dem Verbraucher bewußt zu machen, daß nicht jeder geforderte Preis sogleich gezahlt werden muß, sondern daß der von ihm selbst angestellte Preisvergleich zu großen Einsparungen führen kann. Preisvergleich und bewußter Einkauf sind die Mittel, die der Verbraucher einsetzen kann, um Preissteigerungstendenzen weniger wirksam werden zu lassen.

Nach Abschluß seiner Untersuchungen wird der Arbeitskreis "Frau und Gesellschaft"

Ergebnisse in geeigneter Form veröffentlichen und allen Hiltrupern zugänglich machen. /hd

HERZLICHE GLÜCKWÜNSCHE

In diesen Tagen feierten zwei langjährige Mitglieder der SPD Geburtstag.
Josef S T O F F E R S, Promenade Süd 5, wurde 83 Jahre alt,
Else S C H M I T Z, Schumannstraße 57, vollendete ihr 75. Lebensjahr.
Beiden, die seit 50 Jahren Mitglied der SPD sind, gilt unser herzlicher Glück-
wunsch zu diesem Tage sowie der Dank für die Treue zur Sozialdemokratischen
Partei Deutschlands.

Was ist das?

Rostige Eisenteile — Nägel — Glasscherben — Papier

Eine Müllkippe? - Ein Schrottplatz? - Oder was sonst?

Diesen Fragen sahen sich die Hiltruper Jusos bei ihrer Bestandsaufnahme der von der Gemeinde eingerichteten Kinderspielplätze ausgesetzt. Das Ergebnis, das noch in einer ausführlichen Bilddokumentation zur Verfügung gestellt wird, läßt sich verkürzt an zwei typischen Beispielen darstellen:

1. Der Kinderspielplatz am Nachtigallenweg, der zu den Plätzen älteren Datums

zählt. Wie auch die Spielplätze Holstenkampweg und Münsterstraße/Alte Feuerwache ist er fast ausschließlich mit Eisengeräten bestückt, die zum großen Teil so angerostet sind, daß Kinder sich an der absplitternden Farbe verletzen können.

Bestand an "Spielgeräten" setzt sich zusammen aus zwei Klettergerüsten, wobei dem größeren zwei Sprossen fehlen, einem Reckring und einem Sandkasten (4 x 4 m).

Außerdem fanden wir zwei Papierkörbe - einer demontiert - sowie Papier, Glasscherben und Hundexkremente vor.

2. Der Kinderspielplatz am Sandfortsbusch, der wie die Spielplätze Münsterstraße,

Bodelschwinghstraße/Hülsebrockstraße und Lindenweg erst in den letzten Jahren entstanden ist. Positiv ist zu bemerken, daß folgende Spielgeräte aus Holz bestehen: ein Klettergerüst mit beweglich aufgehängten Sprossen, ein weiteres, bestehend aus Autoreifen, die zwischen Holzbalken aufgehängt sind, zwei Geräte in Form einer Schlange bzw. eines Krokodils, die als Sitzgelegenheit oder zum Balancieren benutzt werden können, und ein "Indianerzelt". Hinzu kommen eine Rutsche, zwei kleine Recks und der obligatorische Sandkasten (4 x 4 m). Unangenehm fielen uns auf: mehrere Pfützen, bedingt durch die zahlreichen Lücken im Rasen, Scherben von mindestens zwei Flaschen, die wie die Pfützen in unmittelbarer Nähe der Spielgeräte lagen, und Rückstände von Seifenlauge.

Als besonders kraß, fast skandalös zu nennen, erschien uns der Zustand des Kinderspielplatzes Münsterstraße/Alte Feuerwache, der neben den üblichen Mängeln (Papier, verrostete Geräte, Scherben) zwei Bretter mit rostigen Nägeln aufwies sowie einen Sandkasten, der infolge völliger Verschmutzung nur unter größten Schwierigkeiten als solcher zu erkennen war.

Der vorgefundene Sachverhalt veranlaßt uns zu der Frage, inwieweit die verantwortlichen Stellen über ihre Pflicht zum Bau von Kinderspielplätzen hinaus an deren funktionsgerechtem Zustand interessiert sind.

Die einzige erkennbare Aktivität der Gemeinde erschöpfte sich bisher darin, auf einigen Plätzen Sand nachzufüllen sowie Sitzbänke aufzustellen.

Wir trafen bei unseren Besuchen lediglich auf zwei Spielplätzen einige Kinder an. Diese aber äußerten sich sowohl über den Zustand als auch über die Spielmög-

lichkeiten der vorhandenen Plätze sehr unzufrieden. Neben Verbesserungsvorschlägen für die neueren Plätze, zum Beispiel mehr Sand, Wasser, Ballspielgelegenheiten, Kurvenrutschen, Schaukeln und Sitzbänke (die zu diesem Zeitpunkt noch nicht vorhanden waren), beklagten sich vor allem die etwas älteren Kinder, daß ihnen die Plätze zu langweilig wären. "Selber etwas machen, Buden bauen, mit Wasser spielen, Feuer machen, Blumen pflanzen" - dies waren die Wünsche, die immer wieder auftauchten. sicherlich bieten die vorhandenen Plätze den Kindern kaum die Möglichkeit, gemäß ihrer Phantasie zu spielen. Selbst eine Umgestaltung nach den obigen Vorschlägen machte diese Plätze lediglich für nicht schulpflichtige Kinder einigermaßen attraktiv. Welchen Sinn hätten für 6-, 8-, 10- oder 12jährige Kinder noch starre Klettergerüste und Sandkästen? Wie blanker Hohn nehmen sich so die gepflegten Hinweisschilder der Gemeinde an den Spielplätzen aus, die besagen, daß die Plätze nur von Kindern bis zu 12 Jahren benutzt werden dürfen.

Es dürfte nicht so einfach sein zu sagen, in Hiltrup würden Spielplätze für Kinder gebaut. Dagegen spricht die offensichtliche Gedankenlosigkeit bei der Planung, trotz der seit langem wissenschaftlich erwiesenen Bedeutung des kindlichen Spiels für die Entwicklung einer gesellschaftlich verantwortungsbewußten Persönlichkeit. Als einzig pädagogisch sinnvoller Ausweg aus der Spielplatzmisere erscheint uns die Einrichtung eines pädagogisch betreuten Abenteuerspielplatzes. Im Unterschied zu herkömmlichen Spielplätzen bietet ein Abenteuerspielplatz den Kindern die Möglichkeit, ihn ihren Neigungen entsprechend zu gestalten. Das heißt, daß sie Initiative, Aktivität, Phantasie und Kreativität einsetzen und entwickeln. Kinder bauen Buden, legen einen Teich an, pflanzen Blumen, machen Feuer etc. Durch solche Spiele werden Verhaltensweisen wie Rücksicht, Zusammenarbeit, Verzicht und Konfliktlösung eingeübt. Kinder erfahren den Umgang mit Gefahren und deren erfolgreiche Bewältigung.

Kurzfristig werden sich die Hiltruper Jungsozialisten für die Verwirklichung folgender Maßnahmen einsetzen und dabei helfend zur Seite stehen:

1. Instandsetzung, Säuberung und Ergänzung (z.B. durch Wasser, Ballspielgelegenheiten, Schaukeln etc.) der neueren Kinder-spielplätze.
2. Neugestaltung der älteren Plätze nach obigen Anregungen.
3. Regelmäßiger Besuch der Spielplätze durch Gemeindearbeiter (mindestens einmal monatlich), bei Bedarf Säuberung und Instandsetzung.

Längerfristig beschäftigen wir uns mit der Erarbeitung von konkreten Vorschlägen für die Einrichtung eines Abenteuerspielplatzes in Hiltrup.

Daß hiermit den Wünschen der Kinder am ehesten entsprochen werden kann, bestätigte uns ein weiteres Mal die letzte Gemeinderatssitzung, in der erstmals Kinder ihre Vorstellungen über Spielplätze öffentlich äußern konnten.

Hiltrups Kinder dürfen ein wenig hoffnungsvoller in die Zukunft blicken.

rb/tdj

Viel Lärm um nichts

oder: der Till-Eulenspiegel-Staat

"Der Beamte hat sich mit voller Hingabe seinem Beruf zu widmen. Er hat sein Amt uneigennützig nach bestem Gewissen zu verwalten."

(§ 57 Landesbeamtengesetz Nordrhein-Westfalen).

Auch Lehrer sind Beamte. Diese Tatsache muß sicher der Mehrheit der Lehrer am Gymnasium und an der Realschule Hilstrup in Erinnerung gebracht werden. Es gibt tatsächlich neben den Beamtenrechten auch ernstzunehmende Pflichten.

Mit einem Riesenwirbel und großem Aufwand versucht zur Zeit die Lehrerschaft der genannten Schulen, handfeste Gruppeninteressen gegenüber dem Kultusminister des Landes Nordrhein - Westfalen durchzusetzen. Ein Erlaß des Kultusministers gab Anlaß zu dieser Aktion. Der Minister will nur noch eine Überstundenvergütung gewähren, wenn diese Überstunden auch tatsächlich geleistet werden. Ein unbilliges Verlangen?

Lehrer haben die Möglichkeit -und das ist gewiß eine sinnvolle Regelung- an ihren Schulen Überstunden zu geben (DM 18,00 - 25,00 für 45 Minuten). Werden nun Wander- oder Studienfahrten mit den Kindern durchgeführt, entgeht den betroffenen Lehrern dieser Nebenverdienst, weil sie mit der Fahrt einer ihrer Tätigkeiten nachkommen, die mit ihrem monatlichen Gehalt (+ Reisekosten) abgegolten sind, für das Leisten von Überstunden aber keine Zeit und keine Gelegenheit bleibt.

Als recht merkwürdige Argumentation ergibt sich daraus folgendes:

"Wir Lehrer müssen unseren normalen Dienst versehen und können daher keine Überstunden leisten. Auf das Leisten der Überstunden (sprich: Vergütung) haben wir aber Anspruch. Das heißt, wir möchten für Überstunden, die wir nicht gegeben haben, ebenfalls die Entschädigung bekommen."

Hier wird versucht, den Staat (= Steuerzahler) in die Rolle des Till Eulenspiegels zu drängen, der (jeder wird sich an die Geschichte erinnern) für den Duft eines Bratens bezahlen sollte.

Wo bleibt eigentlich das oben zitierte Gewissen, wenn nun die Lehrer mit Mehrheit im Kollegium beschlossen haben, sämtliche Wander- und Studienfahrten rigoros zu streichen, um so ihre recht eigennützigen Ziele auf dem Rücken unserer Kinder durchzusetzen versuchen?

Um dieses Ziel zu erreichen, soll nun die Schülermitverwaltung die Eltern bewegen, durch Unterschriften den Minister zu zwingen, den Erlaß wieder aufzuheben.

Bleibt die Frage: Was muß geändert werden, der Erlaß des Kultusministers oder die berufsethische Auffassung einiger Lehrer? /do

Die Amtsverwaltung St. Mauritz hat dankenswerterweise einen vierfarbigen Plan der Gemeinde Hilstrup drucken lassen, in dem alle Straßen, Wege, wichtigen Gebäude, Ämter, die Hilstruper Wälder und die Gemeindegrenzen verzeichnet sind. Auf der Rückseite findet man neben wichtigen und interessanten Informationen Bilder der schönsten Bauten und Anlagen in Hilstrup. Der Plan ist kostenlos bei der Amtsnebenstelle erhältlich.

A U F G E S P I E S S T ! !

Der gegen den Willen der Eltern, gegen den Rat erfahrener Pädagogen sowie gegen die Stimmen der SPD -Fraktion gefaßte "gut durchdachte" Beschluß der CDU - Ratsmehrheit, den Schulkindergarten der Paul-Gerhardt-Grundschule, der einzigen Gemeinschaftsgrundschule am Ort, im Dezember 1973 aus dem Grundschulzentrum in die alte Clemensschule ins 'Getto' auszulagern, hätte offenbar "noch besser durchdacht" werden können. In seiner Sitzung am 3. 4. 1974 beschloß der Gemeinderat, den Schulkindergarten wieder ins Grundschulzentrum zurückzuverlegen.

Der Weitblick der CDU bei der damaligen Entscheidung hatte wohl doch seine Grenzen an der Mauer der nächsten Konfessionsschule gefunden. /do

Deshalb bin ich Sozialdemokrat (1)

Mir genügte es nicht mehr, daß meine Stimme nur am Wahltage etwas galt. Ich wollte auch außerhalb der Wahlen politisch tätig sein. Meine Vorstellung ging dahin, daß es möglich sein mußte, zu aktuellen politischen Ereignissen meine Gedanken auf kurzem und direktem Wege an die Abgeordneten und Entscheidungsgremien heranzutragen. Ich wollte schon vor den Wahlen Einfluß nehmen und darum mitwirken an der Aufstellung der Kandidaten und Kandidatenlisten. Außerdem war es meine Absicht, mich an der politischen Willensbildung in der Bevölkerung zu beteiligen.

Alles dies konnte ich nur verwirklichen in einer demokratischen Partei. Die Gretchenfrage war also: Welche Partei? Die CDU schied wegen ihrer konservativen Grundhaltung und ihrer Abneigung gegen wirkliche Reformen (z.B. Bodenrecht, Steuerrecht, § 218) aus. Wegen ihrer fortschrittlichen Einstellung zur Deutschland- und Ostpolitik hätte mich die FDP interessieren können. In ihrer Bremsfunktion (z.B. Mitbestimmung) wenn es galt, notwendige gesellschaftliche Veränderungen vorzunehmen, konnte sie mich jedoch nicht überzeugen. So blieb die SPD.

Es ist Tatsache, daß die SPD die eigentliche Reformpartei in unserem Lande ist. Sie war und bleibt die Partei, die mutiger und tatkräftiger als andere, ohne falsche Rücksicht auf etablierte Gruppeninteressen, unentwegt wagt, gegen Mißstände anzukämpfen, Chancenungleichheit aufzudecken, für die Rechte der am Rande der Wohlstandsgesellschaft lebenden Menschen einzutreten. Sie tut dies aus ihrem in über hundertjähriger Geschichte gewachsenen zugleich sozialen und demokratischen Grundkonzept heraus. Ihr Blick ist hierbei auf die kommenden Jahrzehnte gerichtet. Sie weiß, daß man nur bewahren kann, indem man verändert. Daß solche notwendigen Veränderungen von unseren politischen Gegnern verhindert werden sollen, - oft gegen eigene bessere Einsicht - kann mich nur darin bestärken, in der

SPD mitzuwirken. Auch die Verbreiterung des Spektrums in der Partei, die sich in den letzten Jahren ergeben hat, und die selbstverständlich zu internen Auseinandersetzungen führt, bei der jede Seite ihren Standpunkt mit Festigkeit vertritt, kann mich in meinem Einsatz für die SPD nicht beirren. Noch immer ist die SPD die große linke Volkspartei, die nicht durch einen einmaligen Akt oder im Wege des Klassenkampfes, sondern durch zähe Reformpolitik das Leben für die breiten Massen erfüllter und lebenswerter machen will. In dieser großen Gemeinschaft fühle ich mich heimisch. Vielleicht begegne ich auch Ihnen bald in dieser Gemeinschaft. Vertauschen auch Sie die Rolle des passiven Zuschauers mit der des aktiven, politisch engagierten Bürgers.

THEODOR DOPHEIDE, 43 Jahre alt, verheiratet, 2 Kinder,

Polizeihauptkommissar.

Seit Juni 1973 Vorsitzender des SPD - Ortsvereins Hiltrup

(Fortsetzung der Artikelreihe im nächsten Heft)

----- abtrennen und einsenden an -----

SPD - Ortsverein Hiltrup
4403 Hiltrup, Bahnhofstr. 75

Ich interessiere mich für einen Beitritt zur SPD

Bitte senden Sie mir Informationsmaterial zu folgenden Themen:

Ich würde gern einmal an einer Mitgliederversammlung der SPD teilnehmen

Ich bitte um den Besuch durch ein Vorstands- oder Fraktionsmitglied; möglichst am

_____, gegen _____ Uhr

Name: _____ Vorname: _____

Anschrift: _____

Beruf: _____ Alter: _____ Jahre

HILTRUP - HEUTE UND MORGEN

herausgegeben vom SPD - Ortsverein Hiltrup

Verantwortlich: Theodor Dopheide